

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Durch unsern Verleger für das Jahr monatlich 2000 Mark. Bestellungen nehmen die Buchhändler und die Anzeigenverleger entgegen. - Erhalten monatlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Abonnementpreis für den Jahresbedarf: 2000 Mark. Einzelhefte 100 Mark. Anzeigenpreis: 100 Mark. Bestellungen nehmen die Buchhändler entgegen. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann.

Postfach-Nr. 101. Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 36

Montag, den 12. Februar 1923

18. Jahrgang

Die Angst vor der Festnagelung.

Von Herrn Poinecare wird erzählt, daß er der arbeitssamste Staatsmann Frankreichs sei und den Ehrgeiz habe, möglichst ohne Sekretär auszukommen. Er schreibt ganz alltäglich alle Briefe von Wichtigkeit mit eigener Hand, bestimme die zahlreichen Empfänge eines jeden, schon um sieben Uhr früh beginnenden Arbeitstages, grenze sie genau nach Minuten ab, und selbst Lord Curzon hat ihm in London vorgeworfen, daß er während so wichtiger Konferenzen wie jenen von Genua und Lausanne, immerzu persönlich dazwischen telefoniert hat. Nun, dieser eigenkinnige und pedantische Bielarbeiter ist jetzt besonders stark in Anspruch genommen. Denn nach zwei Seiten verfolgt er ein auf die Dauer nicht zu erreichendes Ziel: die Wahrheit zu verheimlichen, daß die täglichen Gewalttaten im Ruhrgebiet, die selbst dem Friedsamsten die Hornesernte in die Wangen treiben müssen, die Aufhebung nicht nur des Versailler Vertrages, sondern jeglichen Völkerrrechts bedeuten, und daß ferner alle seine Versöhnungen über den Erfolg seines Kohlenkrieges und die schnelle Ergiebigkeit der produktiven Pfänder zu Schanden geworden sind. Mit kläglichen Mitteln soll die ihm so peinliche Festnagelung der Tatsachen verhindert werden. Zunächst — nach außen hin — glaubt er die Wahrheit zum Schweigen zu bringen, indem er sich selbst laud stellt und alle Protestnoten der deutschen Regierung dem deutschen Geschäftsträger in Paris wieder zurückschickt. Übermals erklärt er er werde kein Schreiben der deutschen Regierung annehmen, das direkt oder zwischen den Zeilen irgend eine Kritik an dem „gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages getroffenen Maßnahmen“ enthalte. Das Wesen eines diplomatischen Verkehrs (der ja in einem gewissen Maße noch aufrecht erhalten bleibt, ist es aber, daß die eine Regierung der Auffassung der anderen Regierung ihre eigene Auffassung entgegenstellt und sie mit stichhaltigen Argumenten begründet. Man muß sagen, Herr Poinecare und die unbeherrschte Soldateska, die er auf das Ruhrgebiet losgelassen hat, machen es der deutschen Regierung leicht, ihm täglich ja stündlich, Schlagend nachzuweisen, daß Frankreich den von ihm angeblich verteidigten Vertrag mit Füßen tritt und die einfachsten unter zivilisierten Völkern geltenden Gesetze verhöhnt. Die lächerliche Geste der Ablehnung der deutschen Noten wird die deutsche Regierung nicht daran hindern, auch weiterhin die mitten im Frieden begangenen rohen Gewalttaten Frankreichs und die heldenhafte Betätigung der tapferen französischen Offiziere, die sich an mehrlosen Zivilisten, ja an Frauen und Kindern vergreifen, an der strengen Gasse des Rechts zu messen. Auch wenn Herr Poinecare Wachs in seine Ohren stopft, so wird die ganze Welt unsere Proteste erfahren und erkennen, wo in Wahrheit der militärische Aufseher einer nach Frieden lechzenden Welt steht. Ebensovienig jodelt Herr Poinecare Frankreich selbst darüber täuschen können, daß sein Kohlenfeldzug bisher nichts erreicht hat als die völlige Beschlagnahme des Verkehrs im verkehrsreichsten Gebiet der Welt; die Stilllegung der wichtigsten Industrien in Lothringen und Luxemburg und für Frankreich einen ganzen Monat ohne Ruhrkohle. Es ist in jedem Krieg die schwächste Stunde, wenn der Feldherr behauptet, die Mittelungen über die Lage böten dem Feinde willkommenen Waffen dar. Damit will Poinecare jetzt die Kritik im eigenen Lager mundtot machen. Auch seinen Gegnern von rechts, die ihn vor den Ausschuß fordern, hätte er sich gern entzogen. Man will er endlich kommen; wir glauben ihm gern daß er „nicht alles sagen könne“. Trotzdem läßt sich die Wahrheit noch weniger erwidern als ein großes pflichttreuer Arbeit hingegebenes Volk.

Eine neue deutsche Protestnote.

Die deutschen Vertreter in Paris, London und Brüssel haben den dortigen Regierungen weisungsgemäß folgende Note übergeben:
Die Interalliierte Rheinlandkommission hat zur Durchführung der bereits von der Deutschen Regierung als rechts- und vertragsgemäß charakterisierten Verordnungen Nr. 132-138 über die Beschlagnahme von Pfändern und zur Erzwingung der von ihr völkerrrechtswidrig verlangten Mitwirkung der deutschen Beamten am 2. d. Mts. unter Nr. 140 eine weitere Verordnung erlassen. Diese Verordnung bestimmt, daß die Beamten der deutschen Verwaltungen wegen der in Ausführung dieser Verordnungen unternommenen Handlungen von deutschen Behörden in keiner Weise zur Verantwortung gezogen oder in ihren Rechten beeinträchtigt werden dürfen. Weiterhin wird durch die Verordnung die Strafverfolgung von Personen, Firmen und Gesellschaften wegen aller Handlungen untersagt, die auf Grund jener Verordnungen erlaubt seien. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 50 Millionen Mark und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bedroht.

Auch bei dieser Verordnung hat die Rheinlandkommission von vornherein auf den aussichtslosen Versuch verzichtet, ihren Erlaß auf das Rheinlandabkommen zu stützen. Sie beruft sich vielmehr wiederum lediglich auf Weisungen, die gewisse Oberkommissare von ihren Regierungen erhalten hätten. Die Rheinlandkommission ist sich offenbar völlig bewußt, daß die Bestimmungen des Rheinlandabkommens ihr keinerlei Handhabe zum Erlaß von Verordnungen bieten, die ihrem ganzen Inhalt nach nicht die Gewährleistung der Sicherheit, der Bedürfnisse und des Unterhaltes der Besatzungstruppen, sondern lediglich die Unterstüßung der Ziele des von einigen in der Rheinlandkommission vertretenen Regierungen unternommenen Rechtsbruchs zum Gegenstand haben. Die Verordnung Nr. 140 entbehrt deshalb jeder Rechtsgrundlage und ist für die deutschen Behörden und Beamten wie für Privatpersonen, Firmen und Gesellschaften ebenso unverbindlich wie die früheren aus gleichem Anlaß ergangenen Verordnungen der Rheinlandkommission.
Die Deutsche Regierung legt demgemäß gegen die von der Rheinlandkommission unter Mißbrauch ihrer Befugnisse erlassene Verordnung Nr. 140 und den damit unternommenen Versuch, deutsche Beamte und Staatsbürger unter Verletzung der ihnen gegenüber ihrem Vaterland und ihrer legitimen Regierung obliegenden Pflichten zur Unterstüßung rechtswidriger Maßnahmen gegen das Deutsche Reich zu veranlassen, feierlich Verwahrung ein.
Überdem wird eine Abschrift der Protestnote der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz übergeben.

Kardinal Schulte über den Widerstand im Ruhrgebiet.

Der Sonderberichterstatter mehrerer großer Organe der italienischen Volkspartei Gustavo Traglia hatte nach der Kölner Volkszeitung vor einigen Tagen eine Unterredung mit dem Kardinal Schulte. Der Kardinal erklärte: Das deutsche Volk wird Widerstand leisten, sein Dylesmat und sein Heroismus sind wirklich bewundernswert. Wir wollen keine Zwischenfälle hervorzurufen, aber wir wollen uns auch ungeduldriger Unterdrückung nicht beugen. Bei meinem jüngsten Besuch in Essen habe ich festgestellt können, daß der Geist des Widerstandes unter den Arbeitern täglich stärker wird. Auf die Frage, ob dieser Geist die Gesinnung nur einer Klasse oder des ganzen deutschen Volkes darstelle, antwortete der Kardinal: Er stellt die Gesinnung des ganzen deutschen Volkes dar. Das deutsche Volk hat keine Kriegsgedanken. Deutschland ist heute friedlich, und keinerlei Entfaltung militärischer Kräfte kann heute Einbruch auf uns machen. Im Bewußtsein seines guten Rechtes ist Deutschland bereit, in seinem passiven Widerstand auszuweichen. Die Franzosen behaupten, daß die Arbeiter auf ihrer Seite und die Bergarbeiter gegen die Eisenbahner seien. Das ist nicht wahr. Unsere Arbeiter, welcher Kategorie sie auch immer angehören mögen, sind vor allem andere Deutsche. Sollte durch den Eisenbahnerstreik in der Rheinprovinz eine Knappheit an Lebensmitteln hervorgerufen werden, so würden die Bergarbeiter allein den Streit fortzuführen. Die Eisenbahner müßten und würden dann die Arbeit wieder aufnehmen, um der Bevölkerung die Lebensmittelversorgung zu sichern.

Neue französische Gemeinheiten.

Sperzung der Ausfuhr der Industrieerzeugnisse aus dem Ruhrgebiet in das unbesetzte Deutschland.
Die französische Regierung hat, wie Havas berichtet, dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß vom 12. Februar ab metallurgische und andere in den besetzten Gebieten fabrizierte Produkte nicht mehr nach dem nichtbesetzten Deutschland ausgeführt werden dürfen. Anlaß zu dieser Maßregel hätten die Befehle gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im Ruhrrevier erteilt habe. Durch diese Befehle habe die deutsche Regierung angeblich versucht, Unruhen aller Art hervorzurufen.
Der belgische Minister des Auswärtigen hat nach einer Meldung der Agence Belge dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel eine entsprechende Note überreichen lassen.
Havas teilt in einer offenbar als halbamtlich anzusehenden Meldung mit, der Beschluß der französischen und belgischen Regierung, den deutschen Ministern den Zutritt zum Ruhrgebiet zu untersagen, will durch ihre Anwesenheit Unruhen hervorgerufen werden könnten, bedeute nicht, daß die alliierten Behörden die Absicht hätten, beim Betreten der Besatzungszone einen Passierschein oder Paß zu verlangen. Die große Zahl der Zugangswege zum Ruhrgebiet machen eine derartige Kontrolle unmöglich und im übrigen würde es nur eines Flugzeuges bedürfen, um die Kontrolle zu umgehen. Es würden jedoch auf Grund des Beschlusses deutsche Minister, wenn sie unbesetzt ins Ruhrgebiet einmarschieren, sofort wieder nach

Deutschland (1) zurückgebracht werden, sobald die Unwesentlichkeit gemeldet werde.

Weitere Gewaltschritte Frankreichs.

Ausweisung dreier Zechendirektoren.
Die Verhaftung der Zechendirektoren, die gestern vormittag erfolgt ist, hat aufs neue die Gemüter der Arbeitererschaft erregt. Es wurde, wie schon gemeldet, der Direktor der Zeche „Konstantin der Große“ bei Bochum, Bergrat Doppstaedter, und der Direktor der Zeche „Helene Umalte“, die zwischen Essen und Alten-Essen liegt, Bergassessor Dr. Bessell, festgenommen. Die beiden Verhafteten wurden nach Eredene zum Quartier des kommandierenden Generals gebracht. Ihre Festnahme erfolgte ohne Angabe von Gründen. Im Laufe des Tages ist auch noch Bergassessor Reckmann von der Zeche „Prosper 1“ festgenommen worden. Diese letzte Zeche gehört zum Arenberg-Konzern. Auch hier erfolgte die Festnahme ohne Angabe von Gründen. Die drei Herren sind späterhin ins unbesetzte Gebiet gebracht worden.
Ihre Ausweisung erfolgte, so wird von französischer Seite behauptet, weil sie den wiederholten Befehlen des Generals Degoutie nicht nachgekommen sind und den Mitgliedern der französisch-belgischen Ingenieurkommission nicht die Auskünfte über die Zechenanlagen gegeben haben, die von ihnen verlangt wurden. Die Bergwerksdirektoren haben sich auf die Befehle des Kohlenkommissars berufen und erklärt, den Befehlen des Generals Degoutie keine Folge leisten zu können. Deshalb hat das Kommando ihre Festnahme und ihre Ausweisung aus dem besetzten Gebiet beschlossen.
Mit der Festnahme der beiden Bergwerksdirektoren Doppstaedter und Bessell ist die Besatzungsmarine zum erstenmal in Konflikt mit dem Krupp-Konzern geraten. Die beiden Gruben sind zwar selbständige Gewerkschaften, aber die Hauptanteile gehören dem Krupp-Konzern, so daß man sie mit Recht in ihren Eigentumsverhältnissen als zum Krupp-Konzern gehörig bezeichnen kann. Dieses hat die Besatzungsbehörde das Bestreben gezeigt, keine Konflikte mit Krupp zu suchen. Es erregt deshalb Aufsehen, daß man jetzt den Anfang mit zwei Direktoren Kruppischer Gruben gemacht hat. Das neue Verfahren der Ausweisung ist natürlich ebenso rechtswidrig, wie es der Versuch war, durch Kriegsgerichtsurteile die Zechenbesitzer zur Arbeit zu zwingen. Offenbar hat der Verlauf des Verfahrens gegen Thyssen abschreckend nicht auf die Zechenbesitzer, sondern auf die Gewalttäter selber gewirkt, die deshalb jetzt den geräuschloseren Weg der Ausweisung wählen. Selbstverständlich werden trotzdem nach wie vor nur die Anweisungen der Regierung und des Kohlenkommissars befolgt werden.
Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß von amtlicher deutscher Seite festgestellt wurde, daß die Hälfte der gegenwärtigen Förderung der Gruben im eigenen Bedarf von anderen Betrieben verbraucht wird, und daß nur die Hälfte der Förderung auf Halbe gefordert zu werden braucht. Man ist in den leitenden Kreisen des Bergwesens davon überzeugt, daß die Arbeitererschaft nach Wochenlang in den Gruben mit löhrenden Arbeiten beschäftigt werden kann, wobei allerdings die Förderung auf ein Minimum zurückgefahren werden muß. Aber es sind so viele Aufbaumarbeiten und Reparaturen zu machen, daß Arbeiterentlassungen oder Einlegung von Betriebsstillständen für die nächste Zeit nicht notwendig sein werden.
Neue Verhaftungen.
Gestern vormittag ist der Direktor Datta von der Zeche „Zollverein“ aus unbekanntem Grund verhaftet worden; gestern Abend wurde der Oberbergamtsrat Ruffel von der Berginspektion 3 verhaftet.
Ein Jahr Gefängnis gegen deutsche Zollbeamte.
Vor dem französischen Kriegsgericht fanden am Freitag nachmittag die Verhandlungen gegen den Zollbeamten Niemann und den Finanzrat Neuenburg aus Zell an der Mosel statt. Beide erhielten je ein Jahr Gefängnis mit Strafausschub, weil sie in energischer Form es abgelehnt hatten, den Befehlen der französischen Behörde, die Wäcker des Zollamtes vorzulegen, nachzukommen. Die Angeklagten wurden sofort aus der Haft entlassen.
Das Zollamt Düsseldorf-Ost ist am Freitag von den Franzosen besetzt und geschlossen worden.
Das französische Militärpolizeigericht in Koblenz verurteilte den evangelischen Pfarrer Konrad Bacharach und den Pfarrer Reiserath aus Simmern wegen angeblicher Aufreizung der Bevölkerung in einer Predigt zu 10000 Mark bzw. 20000 Mark Geldstrafe.
Neue Zwischenfälle in Radlinghausen.
Die Bahnhöfe Wazep und Gunglitz sind von den Franzosen verlassen worden. Einwohnern und im westlichen